

Emser Zeitung

nebst Amtlichem Kreisblatt



für den Unterlahnkreis

Bezugspreis: 1.—15. Mai 1924. Anzeigenpreis: Die einsp. Millimeter-Zeile 8 G.-Btg., auswärts, amtl. Bekanntmachungen u. Versteigerung, 12 G.-Btg., Ref. 25 G.-Btg. Die Preise werden mit dem Emser Multiplikator vervielfacht.

Lohn-

Bote

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Notationsdruck und Verlag: G. Chr. Sommer, Bad Ems. Inh.: V. Jager Hefingens. Geschäftsstelle Admstr. 95. Telefon 7. Verantwortliche Schriftleitung: G. A. Bloch

Amtliches Bekanntmachungsblatt für den Magistrat und die Polizeiverwaltung der Stadt Bad Ems

Nummer 115

Bad Ems, Freitag den 16. Mai 1924

75. Jahrgang

Die französischen Wahlen und das Sachverständigengutachten.

Die amtliche französische Wahlstatistik

Anderweitige Gruppierung der Gewählten
Empfehlung des Blochs d. r. Mitte

Paris, 13. Mai. Das Ministerium des Innern veröffentlicht heute über das Wahlergebnis folgende Statistik:

Konserwat. r.	20
Republikan. r.	117
Link. radikal.	52
Link. mod. l.	75
Rad. l. u. s. (links)	13
Sozial. Republikan.	2
Der linke Sozial.	102
Sommunisten	23
Zusammen	539 Mandate

Zum ganzen lauten 584 Mandate zu berechnen. Der Rest von 15 Mandaten setzt sich zusammen aus 10 Ergänzungen in den Kolonien, die noch nicht bekannt sind, und 4 Sitze, die am nächsten Sonntag in Stichwahl verteilt werden, und einem Mandat im Norddepartement, dessen Träger noch zweifelhaft ist.

Die Zusammenstellung weicht von der bisher bekannten der Abgeordneten ab. Sie enthält insgesamt einen Überschuss von 10 Mandaten, was bei der amtlichen Statistik zweifellos richtig ist. Die Veränderungen innerhalb der Parteien sind schon interessanter: Die Sozialisten haben einen Abgang von 10 Mandaten, was die Rechte zu neun mehr bringt, ist weniger klar, hier muß eine nachträgliche Änderung eines Stimmzettelverzeichnisses oder eine anderweitige Verteilung der Gruppen, von denen eine dem Nationalrepublikanischen Block hinüber der Rechten zugeweiht worden wäre, der neue Nationale Block hat dem auch in der amtlichen Statistik weniger Sitze, als bei der Abgeordneten: 117 statt 137. Dann folgen zwei Gruppen: Link. republikan. 52 und Link. radikal. 75. Die Verteilung soll mehr den alten Fraktionen der Kammer entsprechen, als den neuen Abgrenzungen während der Wahl, und unter den Link. republikan. wäre die Gruppe der Republikaner und Sozialisten (Pavet, Comard) und die alte Gruppe der Link. republikan. (Pavet, Comard) zusammengefaßt, die Bildung als selbständige Fraktionen beschreiben würden, unter der Demokratischen Linken der Statistik aber die alte Gruppe der Link. republikan. demokratischen Linken, der Paul Leroy und sozialdemokratischer Charakter angehört, und die während des Wahlergebnisses als distinkte Mandate bezeichneten, nicht eingetragenen Mitglieder der Radikalen Partei.

Der Kampf trat gestern abend für ein Konzentration der Mitte ein, die von den Link. republikan. bis zu den Radikalen und Sozialen Republikanern reichen soll, also einerseits den Nationalen Block, und die Rechte, andererseits die Sozialisten und Kommunisten umschließt. Das würde nach der Statistik des Ministeriums, der Jancin eine Mehrheit von 311 Stimmen ergeben. Auch das Journal des Debats, Literarische in dem Sinne, nach seiner Ansicht umfaßt die neue Kammer zwei Blöcke, von je 290 Stimmen. Der eine besteht aus Radikalen und Sozialisten, die mehr aus Unabhängigen, also Nationalradikalen, Link. republikan. und Gemäßigten, die zu der Mehrheit der alten Kammer gehören werden könnten. Der Unterschied zwischen diesen beiden Blöcken hängt von der Haltung gewisser Radikaler ab, die auf der einen Seite die Radikalen, und den sogenannten Sozialen Radikalen, die eine andere Orientierung hätten. Unter diesen Umständen ist es wohl möglich, daß diese Gruppe wegen der Schwächen, mit den Sozialisten zu geben, den Versuch machen würden, sich einer gewissen Anzahl unabhängiger Radikaler und Link. republikan. zu nähern, um wiederum eine Regierungsgemeinschaft zu schaffen. Das Blatt glaubt aber, daß vielmehr die Radikalen, die im Augenblick von den Sozialisten beherrscht würden, sichständig die Regierungsgewalt übernehmen, könnten. Der Augenblick sei vielleicht gekommen, um die Radikalen und Sozialisten auf die Probe zu stellen. Dann allerdings dürfe man hoffen, so schließt das konservativste Blatt, daß die großen Interessen der Nation nicht vernachlässigt werden.

Das Wahlergebnis in den Kolonien.
Paris, 15. Mai. Nach dem jetzt bekanntgemachten Wahlergebnis von Guadeloupe ist dort die Liste der Republikanischen und Nationalen Vereinigung gewählt worden; gewählt sind der ehemalige Abgeordnete Canbare (Sozialer Republikaner) und der Abgeordnete François.

Zum Sachverständigenbericht.

Fortgang der Besprechungen?

Die Reise der belgischen Minister nach Italien. — Ein neue Konferenz?

Paris, 15. Mai. Oester ist in Paris erklärt worden, es sei nicht ausgeschlossen, daß die belgischen Minister ihre Reise nach Mailand zur Begründung mit Mussolini angesichts des Ausfalls der französischen Wahlen verschoben würden. Das scheint nicht der Fall zu sein. Nach einer in der Morgenpresse wiedergegebenen Nachricht aus Brüssel treten die belgischen Minister die Reise nach Mailand am Freitag an. Wenn man in Paris dieses Gerücht in Unaufrichtigkeit glaubte, man wäre besser, jede weitere Behandlung aufzugeben, bevor man wisse, mit welchem französischen Kabinett getarnt werden könne. Diejenigen, die denartige Argumente vorbrachten, haben die Tage, wie sie der 11. Mai in Frankreich hervorgerufen hat, nicht in Rechnung gestellt. Das Ergebnis der Wahlen in Frankreich wird allgemein so gesehen, daß es befehle habe, daß die übergroße Mehrheit des französischen Volkes die bedingungslose Annahme des Sachverständigengutachtens ohne Vorbehalt wünscht mit derselben Begründung wie Macdonald, daß es ein unteilbares Ganzes sei. Das soll übrigens auch in der geistigen Unterredung zwischen Poincaré und Barthou zum Ausdruck gekommen sein. Allerdings glaubt man jetzt in Paris, daß durch den auf Anfang Juni verschobenen Kabinettswechsel notwendigerweise eine Pause von einigen Wochen eintreten müsse, ehe der Wiederherstellungsausschuss handlung einleiten könne. Das Echo de Paris will bereits Rückmeldungen des Willensausdrucks des französischen Volkes in London bemerkt haben. Von gewissen Seiten, so erklärt es, kündige man bereits an, daß eine internationale Wiederherstellungskonferenz im September in Genf zusammenzutreten werde, auf der alle Ministerpräsidenten anwesend sein würden. Den Rahmen für diese Konferenz werde die Jahresversammlung des Völkerbundes bilden. Das nationalistische Blatt sieht bereits Gespenster in Gestalt von geheimen Sphären, die über den Kanal geschickt würden, um in den nächsten Tagen die künftigen französischen Minister über ihre Ansicht über diesen Macdonaldschen Plan zu betragen. Es ist verständlich, daß der Außenminister des Echo de Paris die Fortsetzung der Politik Poincarés empfiehlt. Aber auch in Brüssel kommt immer klarer zum Durchbruch, daß man diese Art nicht genügt hat und daß man andere anzuwenden gesehe. Das soll jedoch, wie immer wieder betont werden muß, nicht heißen, daß irgendein französischer Minister, der morgen die Verantwortung für die Regierung tragen wird, auch nur um einen Redefreud von der Linie abweichen wird, die der Sachverständigenbericht vorgezeichnet hat. Das einzige, was erwartet werden kann, ist die Anerkennung des Standpunktes, den die Sachverständigen zum Ausdruck gebracht haben, daß die wirtschaftliche, fiskalische und Verwaltungsfreiheit Deutschlands wiederhergestellt werden muß.

England und der Sachverständigenplan

London, 14. Mai. Die von Besheimat Väcker ausgesprochene Ansicht, der Nachdruck, der der Sachverständigenplan auf die Erhaltung der deutschen Währung als das Erste und Wichtigste lege, werde zusammen mit der mangelnden Aufnahmefähigkeit und Aufnahmefähigkeit des Auslandes dafür sorgen, daß die tatsächlichen Tributzahlungen Deutschlands sehr weit hinter den Höchstbetrag zurückbleiben werden, von denen der Plan spricht, wird sicher von Sir Josiah Stamp und der englischen Regierung geteilt und dürfte diese mitbestimmen haben, sofort für die vorbehaltlose Annahme und Ausführung des Sachverständigenplans in seiner Gesamtheit einzutreten. Jedenfalls wird man in Deutschland gut daran tun, sich keinen Täuschungen darüber hingeben, daß man nur die Wahl zwischen einer solchen Annahme des Plans und seiner völligen Verwerfung hat, wenn schon aus keinem anderen Grunde als dem, daß nur auf der Grundlage einer solchen Annahme die internationale Politik möglich werden wird, ohne die der Plan sofort fällt, was auch den belgischen Beamten 64 ihrem Aufenthalt in London und Gerechtigkeit ganz klar gemacht worden ist. Macdonald hat diesen Zusammenhang in seiner letzten Rede in der Albert Hall nochmals bedeutungsvoll unterstrichen.

Englische Erwartungen

London, 15. Mai. Das Daily Chronicle schreibt, die französische Regierung, die wahrscheinlich gebildet worden würde, eröffne weit hoffnungsvollere Aussichten. Ihr aufrechter Wunsch nach finanzieller Reformen beweise, daß sie ebenso wie Großbritannien deutsche Entschädigungen um ihrer selbst willen jagen müsse und nicht als einen Vorwand zu unangenehmen „Sicherheiten“. Auf diesem Wege sei der Sachverständigenbericht der anerkannte Wegweiser. Es sei jedoch ein großes, wenn auch leichtfertiges Unglück, daß zur selben Zeit, wo Frankreich eine Kammer wählte, die dem Frieden und der Regelung der zu lösenden Fragen günstig sei, die Wahlen in Deutschland einen starken Nach rechts ergeben hätten. Doch meinten sich die Deutschen, daß die Deutschen nationalen nicht das Bedürfnis auf sich nehmen würden, die Zustimmung über eine Verfassungsänderung zu bewirken, um den Sachverständigenbericht zum Scheitern zu bringen. — Der diplomatische Charakter des Daily Telegraph sagt, Gerüchte von getrennter Quelle zufolge seien am nächsten drei Kandidat der Anhämmer Vergis bereit die Politik des Reichkanzlers War und des Ministers des Innern Stresemann anzunehmen. Es sei zu hoffen, daß der Umschwung nach links in Frankreich nicht unter den deutschen Politikern die öffentliche Zustimmung erntet werde, daß die neue französische Regierung weniger auf Entschädigungen und Sicherheit bestehen werde, als die vorige.

Die französische Kabinettsbildung.

Herriot oder Briand

Paris, 15. Mai. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird sich, wie die Deuzer schreibt, die Lösung der Ministerkrise folgendermaßen abspielen: Mitterand werde Herriot ins Einse berufen und ihn ersuchen, die Kabinettsbildung zu übernehmen. Würde Mitterand Bedingungen stellen, dann werde Herriot wahrscheinlich gezwungen sein, seine Mitwirkung zu verweigern. Würden keine Bedingungen gestellt, dann würde er sich an die Sozialisten wenden und ihre Mitwirkung fordern. Spräche sich der für den 1. Juni einberufene Kongress der Sozialisten für die Bezeichnung an der Regierung aus, dann werde das Kartell der Linken tatsächlich die Regierung übernehmen. Spräche er sich dagegen aus, dann werde der mit der Regierungsbildung beauftragte Vorkläger ander Unterstützung suchen müssen. Würde Herriot aus irgendwelchen Gründen die Kabinettsbildung nicht annehmen, dann werde sich Mitterand wahrscheinlich an Briand wenden. Die Deuzer bemerkt übrigens alle in Unaufrichtigkeit die Ministerkrise und erklärt ausdrücklich, wenn die Führer der neuen Mehrheit jemand ihre Ansicht anerkennen, würden sie das jedenfalls nicht gegenüber der

Rechtsprezessur, die mit demselben Nachrichten aufwartet.

Leon Blum will nicht in die Regierung.

Paris, 15. Mai. Der Abgeordnete Leon Blum erklärt im Populaire, daß er auf dem sozialistischen Kongress in Paris am 1. und 2. Juni die bereits in Marseille von ihm vertretenen Thesen wieder aufnehmen werde: 1. Die französischen Sozialisten bezeichnen sich hinsichtlich der Mitwirkung an der Regierung nicht unter den außerparlamentarischen Umständen, die von der Resolution von Amsterdum ausgehen seien; 2. Die Mitwirkung würde sowohl für die Radikalen als auch für die Sozialisten die gefährlichsten Schwierigkeiten herbeiführen; 3. Die Unterdrückung, die die Sozialisten entsprechend der Resolution von Marseille jeder Regierung, die entschlossen sei, ausdrücklich demokratische Neuerungen durchzuführen, zu leisten bereit seien, könnten sicherer, festiger und wirksamer von außen her als in der Regierung selbst erfolgen. — Nach der Echo Nouvelle sehen im Gegensatz zu Blum die sozialistischen Abgeordneten Renaudel, Paul Boncour und Carême auf dem Standpunkt, daß man sich an der Regierung beteiligen sollte.

Nun den Ausgleich im Ruhrbergbau

Die Verhandlungen in Berlin

Berlin, 14. Mai. Heute vormittag um 10 Uhr traten unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und unter Beteiligung der zuständigen Reichs- und preussischen Minister die Vertreter des Besatzungsverbandes u. der Bergarbeiterverbände zur Einleitung von Verhandlungen über die schwebenden Arbeitsverhältnisse an der Ruhr zusammen. Der Reichskanzler betonte, daß die Reichsregierung volles Verständnis habe für die Notlage der beiden Parteien an der Ruhr, die sich teils aus den Nachwirkungen des Ruhrkampfes, teils aus dem Belastungen durch die Währungsverhältnisse, und der Kreditnot, teils aus den Verzerrungsverhältnissen und den Schwierigkeiten der Lebensverhältnisse ergäben. Demgegenüber fänden aber die wichtigsten Besatzungsverhältnisse und innerpolitischer Natur, die einen baldigen Abschluß des Kampfes zur Beseitigung nationaler Pflicht für beide Teile machten. Jede Verlängerung des Kampfes vermehre die Schwierigkeiten der Wirtschaft, hebere die Kreditnot, und bringe außenpolitische Gefahren mit sich in einem Augenblick, da die Frage des Gutachten und die Wiederaufnahme der Wiederherstellungsbearbeitung von Frieden und Gerechtigkeit in Deutschland zur Pflicht werden. Auch besonders für den Bergbau würde ein längerer Kampf die Stellung der gegenwärtigen Ruhr nur verschärfen. Nach dem Reichskanzler sprachen im Namen der Bergarbeiterverbände die Abgeordneten Dörmann vom Allen Verband und Reichsruhr vom Westfälischen Bergarbeiterverband sowie im Namen des Besatzungsverbandes Generaldirektor Winkler in allgemeiner Ausführungen über den Streitfall. Am Anschluß an die Aussprache stellte der Reichsruhr die Bitte, die Verantwortlichkeit der beiden Parteien sei, auszufinden an die Verhandlungen über den Währungs- und Schlichtungsausschuss über die schwebenden Streitfragen zu eröffnen. Er schlug vor, daß sich die Führer der beiden Parteien sofort zum Reichsruhrministerium begeben müßten, um dort über die formalen Bedingungen dieses Verfahrens Einigkeit zu finden. Um 2 Uhr wurde man mit den Schlichtungsverhandlungen beginnen können. Die Anwesenden schieden dann zu.

Berlin, 14. Mai. In den heutigen Besprechungen zwischen den Bergbauern und den Besatzungsverband über die Beilegung des Streits im Ruhrgebiet, die unter Leitung des Reichsruhrministeriums stattfanden, wurde eine vorläufige Einigung dahin erzielt, daß der Währungs- und Schlichtungsausschuss der Bergarbeiter des Oberpräsidenten zu Regierung und frühere Ministerialrat im Reichsruhrministerium Hausmann übergeben soll. Hausmann, der im Juni 1922 die Währungsverhandlungen für den Ruhrbergbau geleitet hat, hat die Wahl zum Vorsitzenden angenommen. Als Leiter und unparteilicher Schlichter wurde auf Vorschlag der Reichsruhr Ministerialrat Winkler zum Vorsitzenden des Währungs- und Schlichtungsausschusses ernannt. Außerdem sollen die Schlichtungsausschüsse je fünf von den Parteien zu ernennende Mitglieder annehmen. Die Schlichtungskammer, die ihre Verhandlungen heute vormittag begonnen hat, tagt im Reichsruhrministerium. Mitteilungen über den Gang der Verhandlungen sollen nach Abschluß aller Beteiligten erst nach Abschluß des Verfahrens erfolgen.

Drei Grundzüge Mitterands

Paris, 14. Mai. In gut unterrichteten französischen politischen Kreisen wurde gestern abend dem diplomatischen Mitarbeiter der Daily Mail erklärt, daß Mitterand von einer dem neuen Reichsblock zu bildenden Regierung die Beendigung der nachstehenden drei Grundzüge verlange:
1. Keine Klärung des Ruhrgebietes bis zur vollständigen Bejahung der deutschen Schuld.
2. Aufrechterhaltung der französischen Souveränität beim Ruhrbergbau.
3. Erklärung sich Mitterand gegen eine Anerkennung der russischen Regierung im gegenwärtigen Augenblick.
Zur Frage der etwaigen Abhandlung des Besatzungsverbandes Mitterand meint der Daily Mail: Mitterand wird seinen „ersten Schritt“ erst zu leisten haben, wenn er einen neuen Ministerpräsidenten bezieht und dieser ihm ein Programm unterbreitet hat, das dem Präsidenten der Republik unannehmbar erscheint.

Paris, 14. Mai. Der Temps befaßt sich in einem längeren Artikel mit der Frankendebatte der letzten Tage. Im Anschluß an die Mitteilung, daß im gestrigen Ministerrat der Abnahmestück Francols Marsch beantragt wurde, alle Maßnahmen zu ergreifen, um etwaige Schwierigkeiten zu beseitigen, schreibt das Blatt: „Eine Tatsache steht fest. Die letzte Welle hat ihren Höhepunkt von Frankreich aus genommen. Denn die Reduzierung und Beschränkung lag immer über dem Kaiserthron.“ Der Temps meint dann verschiedene Ansichten, die gleichzeitig auf die Frankendebatte hinwirkten hätten. In der Hauptsache aber habe die steigende Forderung nach einer Beschränkung der Frankendebatte, die zu lange mit ihren Klagen gequält hätten, immer mehr die Aufmerksamkeit berechnen müssen und auch die öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen begonnen war. Schließlich kommt der Temps auf die jetzige Abweisung des Beschlusses eines Ausschusses gegen die allzu starke Abschmähung der ausländischen Werten in Paris zu sprechen. Der Temps hält es dann für das Wichtigste in der Debatte, daß der Frankentzug nicht mit allen Mitteln möglichst hoch getrieben werden müsse, sondern daß ein gewisses Gleichgewicht der Wirtschaft erreicht werde. Zum Schluß sagt das Blatt: „Wenn man gewisse Nachteile abwenden könnte, so ist man nun dabei, aus dem bis jetzt noch nicht bewiesenen Frankentzug ein gewisses Maß an Nutzen zu ziehen, die meisten Vorteile die Möglichkeit geben, daß man sich auf den besten Stand der Wirtschaft einrichten kann. Alle diese Mittel, die — wie gesagt — nicht dazu dienen sollen, eine möglichst günstige Stellung des Frankens herbeizuführen, sondern nur eine Regulierung des Devisenmarktes herbeizuführen, werden nach dem Tausch von allen französischen Wirtschaftskreisen lebhaft gewünscht.“

Politische Nachrichten Deutschland

Gegen den Reichsverband der deutschen Industrie — Gegen das Sachverständigen Gutachten

Die Deutsche Industriellenvereinigung

Berlin, 15. Mai. Auf Einladung eines Kreis-Verbands deutscher Industrieller, unter denen sich der frühere preussische Landtagsabgeordnete Hermann Krabichell, Landtagsabgeordneter Fabrikbesitzer Carl Schmidt, aus Weiskalen, der Fabrikant der Schichtmaschinen, Graf von General-Feldmarschall, Heidenau, befinden, tagte gestern im Hotel Excelsior ein Kreis-Industrieller aus allen Bundesstaaten. Die Teilnehmer, die zum größten Teil Mitglieder des Reichsverbandes der deutschen Industrie waren, kamen zur Besprechung, es sei notwendig, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu gewinnen, als vertritt der Reichsverband der deutschen Industrie in seinen Angelegenheiten die deutschen Wirtschaftskreise. Die Teilnehmer sind: Herrmann Krabichell, Landtagsabgeordneter Fabrikbesitzer Carl Schmidt, aus Weiskalen, der Fabrikant der Schichtmaschinen, Graf von General-Feldmarschall, Heidenau, befinden, tagte gestern im Hotel Excelsior ein Kreis-Industrieller aus allen Bundesstaaten. Die Teilnehmer, die zum größten Teil Mitglieder des Reichsverbandes der deutschen Industrie waren, kamen zur Besprechung, es sei notwendig, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu gewinnen, als vertritt der Reichsverband der deutschen Industrie in seinen Angelegenheiten die deutschen Wirtschaftskreise.

Arbeitsplätze sich auf fast alle deutschen Wirtschaftskreise verteilen, und deren Tätigkeit sich auf fast alle industriellen Produktionsgebiete erstreckt, beschließen nach einem Vortrag des Oberingenieurs Dr. Bang und nach sorgfältiger Erörterung dieses Vortrages einstimmig, die Deutsche Industriellenvereinigung zu gründen. Sie beabsichtigen, zunächst das Vorhandensein des großen und wohnungsmässigen Spitzensindusries der deutschen Industrie, das sie durch die politische und wirtschaftspolitische Haltung dieses Verbandes zu ihrer Verbindung zusammenführen. Diese Haltung entspricht nach ihrer Meinung in der den politischen Verhältnissen des deutschen Volkes, nach den Anforderungen, die die Voraussetzungen einer wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands sind. Insbesondere zielt die Haltung der Spitzensindusrie der deutschen Industrie zu den Forderungen, die durch den gegenwärtigen Vertrag von Versailles aufgeworfen sind, die Ver-

samkeiten deutlich zu zeigen, daß diese Haltung keineswegs der Meinung der gesamten Industrie Deutschlands entspricht. Die Versammelten sind der Überzeugung, daß die deutsche Industrielle Wirtschaft mit Sicherheit zugrunde gehen muß, wenn die vom Reichsverband der deutschen Industrie als Grundlage angenommenen gegenwärtigen Sachverständigenentwürfe eine solche Grundlage der deutschen Wiederherstellungsleistungen bilden. Sie behalten sich die Begründung ihrer Ansicht im einzelnen vor, erklären aber schon heute, daß in Deutschland weder die volkswirtschaftlichen noch die staatsfinanziellen Unterlagen für die Durchführung der Sachverständigenentwürfe vorhanden sind. Sie fordern von der Reichsregierung eine Politik, die die wirtschaftlichen Lage des Landes bessern würde, und sie betonen, daß der Reichsverband der deutschen Industrie sich jetzt zu einem Instrument einer Reichspolitik machen lassen, die dieser Forderung glatt zuwiderläuft. Die Versammelten fordern die gleichgerichteten Industriellen Deutschlands auf, sich ihrer dringenden notwendigen Bedenken anzuschließen, damit das politische und wirtschaftspolitische Schicksal der deutschen Industrie in der politischen Definitivität in ihrem Sinne bestimmt wird.

Es wurde beschlossen, noch vor dem Zusammentritt des Reichstages am 19. Mai eine große Industriellenversammlung nach Berlin einzuberufen, mit dem Thema „Die Sachverständigenentwürfe“.

Der Gegenstand zum Reichsverband

Berlin, 15. Mai. Bei der Gründung einer neuen Industriegruppe, die im andern Sinne Gegenstand zum Reichsverband der deutschen Industrie bezeichnet werden kann, sind die Teilnehmer an der allgemeinen Grundlage des Gutachtens bündig, handelt es sich um zum Teil um Mitglieder des Reichsverbandes. Es ist wohl fernerhin anzunehmen, daß hier das auf gegenseitiges Vertrauen gegründete Verhältnis auch nur äußerlich sich wird aufrechterhalten lassen, nachdem eine mit den beständigen Angriffen gegen den Reichsverband geknüpfte Rede des Oberingenieurs Bang den ständigen Beifall der Versammlung gemannt und den Grund zu der den Bruch vollziehenden Entscheidung gelegt hat.

Der deutsch-russische Zwischenfall

Berlin, 14. Mai. Das VTB, stellt mit Ein Berliner Epochenblatt, welche, die in der Angelegenheit der Durchsicht der russischen Handelsvertretung in Berlin von Russland abstellten Forderungen feier heute der deutschen Regierung in einer Note angekündigt worden. Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, hat die deutsche Regierung eine beherztige Note bis Dienstag abend noch nicht erhalten.

Berlin, 14. Mai. Von russischer präsidenten Stelle erfahren wir, daß der Leiter der politischen Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums, Oberregierungsrat Dr. Weiss, bis zur völligen Klärung der Vorfälle bei der polnischen Durchsicht der Räume der russischen Handelsdelegation in Berlin beurlaubt worden ist.

Die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei

Berlin, 14. Mai. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei trat heute zu ihrer ersten Sitzung zusammen. In einer einstimmigen Beschlusse und Beschlusse kam es nach, der vorgeschlagen wurde ein Dreimannsausschuss gewählt, der beauftragt sein soll, bis zum Zusammentritt des Reichstages politische Besprechungen mit anderen Fraktionen zu führen. Die Fraktion sprach sich einstimmig gegen den Vorschlag der Fraktionsgemeinschaft der Mitte aus, weil aber die bisherige schwache Abgeordnetenschaft der bürgerlichen Mitte ausdrücklich erhalten. Die eubürgerliche Politik der Reichsregierung, insbesondere ihre Stellungnahme zum Gut-

achten der Sachverständigen, sind billigen. In der Frage der Regierungsbildung war die Position der Meinung, daß man aus dem Wahlsatz die notwendigen parlamentarischen Schritte ziehen und die Reichsfraktionen zunächst mit der Kabinettsbildung beauftragen müsse. Überhaupt wurde das Recht der Reichsfraktionen auf die Bekämpfung des Streikverhältnisses anerkannt. Die vollständige Aussprüche sind ihren Niederschlag in folgender Zusammenfassung:

Reichsfraktion und Parteivorstand der Deutschen Volkspartei haben am 14. Mai in Anwesenheit der Reichstagsfraktion Dr. Stresemann und Jarosch nach einem Vortrag des Abgeordneten Dr. Engel eingehend über die demgegenüber auch in innerparteilichen Fragen verhandelt. Dabei ergab sich volle Übereinstimmung über die Wichtigkeit der innerparteilichen Einigung und der Lösung der großen wirtschaftlichen Probleme und zugleich über die Wichtigkeit, die Grundlinien der bisherigen Außenpolitik fortzuführen. Reichsfraktion und Parteivorstand billigen die grundsätzliche Stellungnahme der Reichsregierung in der Behandlung des Gutachtens der internationalen Sachverständigen; sie erwarten, daß die Reichsregierung nach Annahme des Gutachtens in dieser Hinsicht die deutschen Interessen maßföhlig wahren, insbesondere die Wiederherstellung der finanziellen und wirtschaftlichen Einheit des Reiches gegen den Versuch zeitiger Ausgliederung durchziehen wird. Sie sehen voraus, daß mit und neben der Klärung der Sachverständigenfrage die Forderungen deutscher Gewerkschaften erfüllt werden. Nach dem Austritt der Reichsregierung ist für die Realisierung die Stellung der Reichsfraktion durch den nach wie vor maßgebenden Beschluß vom 12. Januar dieses Jahres gegeben. Äußerer und innerparteiliche Gründe verhindern die Zusammenfassung der parteiübergreifenden Bürger, Parteien. Dieses Ziel ist nicht zu erreichen durch die in der Presse erörterte Schaffung einer Fraktionsgemeinschaft der Mitte, die die Deutsche Volkspartei für unannehmbar hält. Nicht, sondern politische Überzeugung in den außenpolitischen Verhältnissen der Nation steht im Vordergrund der demnächst beginnenden parlamentarischen Verhandlungen.

Ein deutsch-polnischer Notenwechsel

Berlin, 14. Mai. Die deutsche Regierung hat, wie bereits gemeldet, durch ihren Gesandten in Warschau der polnischen Regierung eine Note überreicht, worin auf die infolge der händlich im Reichsarchiv vorgenommenen Ausschreitungen gegen die deutsche Minderheit in Polnisch-Oberschlesien auf die für die dortigen deutschen Reichsbürger bestehenden Gefahren aufmerksam gemacht wird. In der Antwortung dieser Note hat sich nun die polnische Regierung, einer Erklärung der polnischen Regierungsbürokratie zufolge, dahin geäußert, daß in der Republik Polen die Sicherheit aller Einwohner ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit verfassungsmäßig gewährleistet sei. Im übrigen bemängelt die polnische Regierung das in der deutschen Note keine hinreichend Befehrsstelle angeführt seien, und spricht gleichzeitig der deutschen Regierung das Recht ab, in einem Falle, wie dem vorliegenden, zu intervenieren.

Stets in ist das deutsche Telegraphenbureau, daß die deutsche Gesandtschaft in Warschau nach Überreichung der grundsätzlichen Note der polnischen Regierung eine große Zahl von Eingelassenen nachschickte, in denen deutsche Reichsbürger gehörige in Polnisch-Oberschlesien misshandelt werden, sonst notwendig werden sind. Abgesehen davon, daß die polnische Regierung es ihrer Pflicht aus Anlaß der in Polnisch-Oberschlesien im März vorgenommenen Ausschreitungen von ehmaligen polnischen deutschen Reichsbürger für gut befunden hat, die Unversehrtheit des Auswärtigen Amtes auf diese Vorkommnisse zu achten, muß die deutsche Regierung das Recht für sich in Anspruch nehmen, bei der Regierung eines fremden Landes Vorstellungen zu erheben, wenn ihre Staatsangehörigen in diesem Lande Verletzungen und Ausschreitungen ausgeübt sind.

Amerika und die deutsche Ausleihe

New York, 14. Mai. Dr. Benjamin Anderson, ein Bankfachmann, der gestern abend im Weltwirtschaftsclub sprach, erklärte a. a. O. Es besteht ein besonderes Bedürfnis für die amerikanischen Bankengruppen, die Bedingungen für die im Vorwettbewerb emorgene Ausleihe an Deutschland festzusetzen, um sich zu versichern, daß die Ausleihe der Spekulation eine gute Anlage verleiht, was ich für möglich halte. Ich glaube, wir können darauf vertrauen, daß Deutschland den Plan ausführt.

New York, 14. Mai. In föhrenden deutschen Bankkreisen ist man überzeugt, daß die Ausleihe für eine Ausleihe an Deutschland günstig sein wird, vorausgesetzt, daß Deutschland den Umständen der Sachverständigen entgegen; die letzten Kreditkonditionen seien freilich geeignet, das Vertrauen hierzu etwas zu erschüttern. Jedenfalls glaube man nicht, daß eine Ausleihe vor dem Herbst gefunden komme, da die Geschäftskreise des Sommers solchen Transaktionen nicht günstig sei.

Eine neue Beamtenbewegung

Berlin, 15. Mai. In der Beamtenbewegung hat sich eine neue Bewegung zu bilden. Die Teilnehmer haben dieser Tage einen Verband langenschaus eingegründet, der mit den galizischen Behörden in Föhlung über eine der Erzeugung entsprechende Erhöhung der Beamtenlöhne treten will. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß nach dem Zusammentritt des Reichstages und vor der Entscheidung über die neue Regierung irgendwelche Beschlüsse über eine Änderung der Beamtenlöhne gefaßt werden.

Anstand

Alexander reist nach Paris

Paris, 15. Mai. Die südpolnische Regierung hat ihre Gesandtschaft in Paris angetraffen, der französischen Regierung mitzuteilen, daß die Reise des Königs, der am 25. Mai zu einem amtlichen Besuch in Paris eintreffen sollte, wegen der Winternöte in Ostgalizien auf unbestimmte Zeit beschoben worden sei.

Die Wahlen in Japan

Tokio, 13. Mai. Die Wahlen, deren Eingangs von 6 Dez. abgelaufen, vorliegt, brachten der Oppositionspartei 154, der Regierungspartei 110 Stimmen. Die Oppositionspartei hat 110 Stimmen, die Regierungspartei 154 Stimmen. Es ist die alte japanische Regierungspartei, von der sich die Oppositionspartei abspaltete — erhielt an 101 Stimmen. Von der Oppositionspartei, der auch die Regierungspartei angehört, fielen 30 Stimmen auf die Wirtschaftspartei 12 Stimmen, 51 Stimmen zerstreuten sich. Die Regierung ist trotz der Niederlage, welche sie erlitten hat, nicht gewillt, vor der Hand des Prinzregenten im Juni zurückzutreten. Man vermutet damit, daß die Kandidaten die Regierung bilden. Als der neue Minister des Innern gilt Bismont Aoto, der Verfasser der 21. Februarumgebung, die seinerzeit Japan an China rückte.

Ein Kabinettskato in Japan

London, 14. Mai. Die Times' melet aus Tokio, daß die japanischen Wahlen eine überraschende und vollkommene Niederlage der Regierung gebracht haben, die besonders auf die Stimmung der Wählerpartei in den Provinzen zurückzuführen sei. Die Wahlen der Regierung nach den offiziellen Hochgeschätzungen am 29. Mai, sei nur vermindert. Man sprach von der Bildung eines Koalitionskabinetts unter dem Grafen Kato, dem Führer der Konstitutionalpartei. Die Wahlstellung war stärker als bei allen bisherigen Wahlen und führte zu mehrfachen Zusammenstößen.

Ehr Mund

wird erfüllt durch Wohlvererbte Zähne. Unter Mundreinigung nicht erlösend. Beste Mundreinigungsmittel in vollkommenster Weise befindet sich bei dem berühmten Zahnarzt Chodoroff, welchem unentgeltlich durch Dr. Iordanoff Mundreinigung.

Der Sternsteinhof.

Das Dorfgeschicht von Ludwig Angenruber. (Nachdruck verboten.)

Der Sternsteinhofbauer fuhr mit beiden Häupten nach der Brunn und schüttelte sich an der Felle. Nachdem er eine Weile nach Atem gerungen, sagte er langsam und leise, das dröhte jedes Wort halbsant nach: „Wohl dir's gut, was d' mer g'lagt hat! Du nimmst kein andere und vom Besche mit derer Bettelstein' vermachst ich dich mit abbringen!“

„Dont nicht trotz mit dem Kopfe.“
„Du hast mit damit,“ fuhr der Alte fort, „in südlichen Wechorn auf'ndt. Besche' mich wohl! Es darf dich daher gar nicht wundern, wann ich mein' hand von dir abzieh'. Da drauf mach' dich nur g'lagt.“
Er ging aus der Stube.
Der Besche blinnte ihm verblüfft nach. Wie war das diesmal doch ganz anders gegen sonst alle Male, wo der Alte, wenn er ausgescholten wurde begnügt davon zu gehen? Besche, die Sache war gewissartig wie noch eine, und gleich, so auf das erste Wort hin, mochte der wohl nicht nachgeben! Doch, was er gesprochen, war über auch nicht kein Besche! Bald, vielleicht morgen schon, kommt er wieder angerückt und dann so oft, bis er es made werden wird. Da heißt's eben, sich mehr mit ihm herumbringen, und heute, für's erstmal, was es ja ganz gut abgehen. Ein blinder Schuß mag Erhaben und Liebe scheuchen und ein leeres Droben Kinder aus Harren!
„Dont eiste hinab nach Zwischenbühl. Er hielt den Kopf hoch, als er rufte an den Hütten vordersicht, und wenn er merkte, daß er beobachtet wurde, so sah er mit herausfordernden Blicken hinter sich.
Als er in der Zwischenbühl Hütte die Dirne, die auf seinem Hofe lag, in den Armen hielt, da verzog er ganz, warum er eigentlich gekommen, und erst auf die Nachfrage Helenens erzählte er, was vorgefallen war; da die beiden Frauenzimmer doch etwas ängstlich drein sahen, so beruhigte er sie, es stünde ja alles ganz gut, würde nur immer besser werden, anders konnte er es selber nicht sagen.

„Während er unten im Dorfe sah, fand sich der Käsemarkt oben auf dem Sternsteinhof ein.“
„Ich komm' mich über dein' Bub'n beslagen,“ war sein erstes Wort, als er dem Bauer erblüete.
„Ich weiß es alles,“ murerte der.
„Wann d' es alles meinst,“ fuhr der Käsemarkt fort, „so meinst d' auch, daß's higt mit unierer Bescheidigung nicht mehr sein kann.“
„Warum nit?“ beaufte der Sternsteinhofbauer auf.
„Is dir mein' Bub' etwa mit einmal g'schlecht, oder dein' Dirn zu rar?“
Der Käsemarkt sah ihn groß an, dann sprach er langsam, die verfallenen Lippen mehr als sonst demogend, als spräche er Worten, die er vorher noch ein wenig glätten wollte: „Wann d' mer so kommst, dann, freilich, freilich!“
„Käsemarkt!“
„Sternsteinhof! Was willst? Is mer gleich dein Bub' g'schlecht, so bleibst doch du mit recht. Davon is der Besche, daß ich heut schon da bin. Der Bescheidigung auf'ndt, hat Zeit g'habt, das geht mit nit so gar, wie ich auch bleib, daß's d' dir mit nachgeh. Aber wann d' dein Sohn von d' Soldaten frei kriegen willst, so mör' lezt d' höchst' Zeit, daß ich geh' e auf'ndt einleg' und du...“ Er machte eine allgemein verständliche Bewegung mit Daumen und Fingerspitze.
„Spar' du dir d' guten Wort, ich spar's andere.“
„Was meinst'!“
„Dag' ich mich für dein' Freundlichkeit bedank, aber kein' Gebrauch davon mach'!“
„Aber dann nehmen' d' die n' sicher.“
„Eoll'n' n'!“
„So red' d' bist, hinst' nach aber reut's dich.“
„Gott bewahr', nitmal, sag' ich dir, Käsemarkt! Er soll nur in' Stallstall folgen, oder Keuzel der Viechlagen. Dös is ihm g'und. Dös is is einzige Mittel, um ihm d' Unbotmäßigkeit aus'treiben, mit der er mit zug'liegen kam; is is nit erdört, denf' dir, ein' n' Keuzelstall megn'!“
„Na, bleib, das kommt vom erlözen Futwarten, datt's ihn gleich' sammengen' mit der Sall, wär' ihm d' Andere gar nit in' Sinn kamma.“
„Betrach' dich d'rauf, d's erzieren' n' und man's

betieren' n' ihm schon wieder heraus. Das geht hier in Ein'm! Eigentlich wär' ja für dein' Dien' tabet gar nit verlor'n.“
„Drei Jahr'!“
„Drei Jahr'! Was sein drei Jahr'? Drei Jahr'n frag' ich nit nach, so alt ich bin? Und wann bis dahin dein' Sall noch nit unter der Hand war'...“
„Dein' n' Bub'n weg'n' mecht' ich' s' nit in d' Sack' klingen!“
„Dös brauchst nit, sie erhält sich wohl auch so leicht, Ich sag' ja nur, wann der Sall war', dann...“
„Na ja, dann, wann! Da is noch altsweil Bett' g'reden, bis d'gelt sein mirb.“
„Dag' recht. Higt davon reden, hat wirkl'ich kein' Sall' und kein' Bub'n und mecht' uns nur allsweil'n d' Sall regeln.“
„Wohl, is es ja so.“
„Sie schüttelten sich die Hände und schieden.“
11.
Drei fanden sich in ihren Voraussetzungen so glücklich; der Käsemarkt erwartete, daß Helene schon am nächsten Tage an sein Krankenlager eilen, ihn besagen und sich entschuldigen würde, und der Toni vom Sternsteinhof, der einer Fortsetzung des Streites am Mittagsisch noch für den Abend des gleichen Tages entgegen sah. Das Mädchen blieb fern und der Alte stumm.
In der Stätte des Herrgottsmittens sprach die Wäzner Seppel ein, so oft sie Zeit hatte, abzukommen, und teilte sich mit der alten Knechtin in die Pflege des Kranken. Auf dem Sternsteinhof ging alles seinen gewöhnlichen Gang.
Darüber verfloßen Tage und wurden zu Wochen, in der letzten durfte Wunder das Bett verlassen. Er hatte alle Bezeugungen von Freundlichkeit und Sorge seitens der Seppel gleichmäßig bekommen und litt es auch fest, daß diese seiner Mutter beschliff war, ihn wie ein Kind, das erst das Wehen gewöhnen müsse, nach dem Bettische zu leiten.
(Fortsetzung folgt.)

Jede Druck-sache

liefert schnell und billiger die Buch- und Steindruckerei

H. Chr. Sommer

Bad Ems und Diez

